**WBS.LEGAL-Musterschreiben: Rückerstattung von Netflix-Beitragserhöhungen**

**Warum sollte ich das Schreiben nutzen?**

Mithilfe unseres Musterschreibens können Sie von Netflix die Rückerstattung der zu viel gezahlten Gebühren verlangen. Voraussetzung dafür ist, dass Sie Ihr Netflix-Abo zu niedrigeren Gebühren abgeschlossen haben, als Sie jetzt zahlen.

Netflix konnte nach Einschätzung des Landgerichts Köln (Urteil vom 15.05.2025, Az. 6 S 114/23) nicht genug Beweise vorlegen, dass zwischen den Parteien durch Zustimmung ein entsprechender Vertrag einvernehmlich geschlossen wurde. Vielmehr geht das Landgericht Köln davon aus, dass die Preiserhöhung nicht vertraglich vereinbart, sondern unzulässigerweise einseitig von Netflix festgelegt wurden.

Gegenüber Verbrauchern ist eine einseitige Preiserhöhung nicht zulässig, wenn der Verbraucher nicht explizit zustimmt. Die Nutzerbedingungen hierzu sind jedenfalls nach Ansicht der Gerichte rechtswidrig, sodass darauf basierend eine einseitige Erhöhung hiermit nicht gerechtfertigt werden darf. Sie können nun die zu viel gezahlten Gebühren der letzten 3 Jahre zurückfordern.

**Wann kann ich das Schreiben nutzen?**

Unser Musterschreiben für Sie befasst sich mit dieser Konstellation:

* Wenn Sie keine Zustimmung zur Preiserhöhung erteilt haben, können Sie bedenkenlos unser Muster verwenden.

**Anleitung für das Musterschreiben:**

1. Bitte fügen Sie die entsprechenden Werte an den markierten Stellen in unser Musterschreiben ein.
2. Ist Ihnen der zu viel gezahlte Betrag nicht bekannt, erklären wir Ihnen nachfolgend, wie Sie diesen berechnen können. Danach müssen Sie nur die entsprechenden Stellen im Dokument ergänzen.

**Welche Unterlagen benötige ich?**

1. Die Bestätigung von Netflix über den Abschluss Ihres Abonnements, woraus sich der Ursprungspreis ergibt
2. Eine Übersicht aller Abbuchungen von Netflix

**Berechnung der zu viel gezahlten Gebühren**:

Vergleichen Sie Ihre Zahlungen mit dem ursprünglich vereinbarten Preis. Addieren Sie die Differenz und tragen Sie diese in das Schreiben ein.

**Beispiel:**

Ursprünglich vereinbarte monatliche Gebühr im Januar 2022: 10 € (Pro Jahr 120€)

Ab Januar 2023 monatliche Gebühr: 12 € (Differenz pro Monat: 2 € / 2 € x 12 Monate = pro Jahr 24€)

Ab Januar 2024 monatliche Gebühr: 14 € (Differenz pro Monat: 4 € / 4 € x 12 Monate = pro Jahr 48€)

Gesamtdifferenz für die Jahre 2023 und 2024: 24 € + 48 € = 72€

1. Schreiben versenden und weiteres Vorgehen

Versenden Sie den Brief mit dem Forderungsschreiben als Einwurf-Einschreiben sowie das Forderungsschreiben vorab per E-Mail. Prüfen Sie bitte nach ungefähr einer Woche den Sendungsstatus und fotografieren Sie zur Dokumentation die Benachrichtig ab, dass das Schreiben Netflix zugestellt wurde.

[Absender Name, Nachname,

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Stadt]

Netflix International B.V.

Karperstraat 8-10

1075 KZ Amsterdam

Niederlande

**Vorab per E-Mail:** support-de@cs.netflix.com

[Ort, Datum]

**Erstattung von Zahlungen auf Grundlage von rechtswidrigen Gebührenerhöhungen**

**Benutzername: [bei Netflix hinterlegte E-Mail-Adresse]**

**Kontonummer, von der Sie die Gebühren monatlichen abbuchen: [Kontonummer angeben]**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich führe den Benutzeraccount zu der oben genannten E-Mail-Adresse. Bei Vertragsschluss am [Datum des Vertragsschlusses] wurde für meinen Account eine monatliche Gebühr in Höhe von [XX,XX] Euro vereinbart.

In den darauffolgenden Jahren erhöhten Sie eigenständig die Preise. Am [Datum der Gebührenerhöhung] erhöhten Sie die Gebühr von [XX,XX] auf [XX,XX] Euro. [Weitere Gebührenerhöhungen können wie folgt dargelegt werden: „Am XX.XX.XXXX erhöhten Sie erneut die monatliche Gebühr um weitere [XX] Euro“].

Die von Ihnen verwendete *Preisanpassungsklausel*, die Sie zur Rechtfertigung der Gebührenerhöhungen verwenden, ist unwirksam im Sinne von § 307 Abs. 1 S. 2 BGB. Dies wurde auch vom LG Köln (Urteil vom 15.05.2025, Az. 6 S 114/23) bestätigt.

Sofern Sie sich auf eine Zustimmung zur angetragenen Preisanpassung meinerseits berufen möchten, so teile ich Ihnen hiermit mit, dass ich in keiner Weise einer Preiserhöhung zugestimmt habe, so dass eine vertragliche Vereinbarung zur Preisänderung nicht existieren kann.

Sie waren nicht berechtigt, die Preise für ihr Streamingdienst stufenweise durch einseitige Erklärung zu erhöhen. Daher steht mir gegen Sie gem. § 812 Abs. 1 Alt. 1 BGB ein Rückzahlungsanspruch betreffend die Differenz zwischen dem vertraglich vereinbarten Betrag von [ursprüngliche monatliche Gebühr] Euro und dem rechtswidrig erhöhten und abgebuchten Betrag von [erhöhte Gebühr] Euro seitdem [Datum der Preisanpassung/en] zu. Denn bei den zu viel gezahlten Beträgen handelt es sich um Überzahlungen, ohne, dass hierfür ein rechtlicher Grund besteht.

Der von Ihnen zu erstattende Betrag beläuft sich demnach auf derzeit [Differenz zwischen ursprünglich vereinbarter Gebühr und seit der Preisanpassung gezahlter Gebühr]. Ich fordere Sie daher auf, den oben angegebenen zu erstattenden Betrag

**bis zum [mindestens 2 Wochen]**

auf folgendes Konto:

[Name, IBAN]

zu überweisen.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

[Vorname, Nachname]